

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, plädiert für einen Wehrdienst für ausländische Mitbürger: Auch ein Beitrag zur Integration. Seite 1

Gert Lütgert MdL weist auf die Realisierung einer SPD-Wahlkampfinitiative hin: Bildungsurlaub für alle hessischen Arbeitnehmer. Seite 3

Dr. Dieter Spöri MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Steuern der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, befaßt sich mit einem Artikel des bayerischen Ministerpräsidenten im "Fliegermagazin": Strauß als Lobbyist für die Privatfliegerei. Seite 4

Dokumentation

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, würdigte auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr Arbeit und Leben von Robert M.W. Kempner aus Anlaß des 85. Geburtstages des Juristen. Wir veröffentlichen die Rede im Wortlaut. Seite 5

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

39. Jahrgang / 200

16. Oktober 1984

Bundeswehr-Personaldecke mit Ausländern schließen

Wehrdienst muß im Rahmen der Integrationspolitik ermöglicht werden

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die politische Führung des Verteidigungsministeriums hat es zwar schon definitiv abgelehnt, aber dennoch sollte die Frage auf der Tagesordnung der Möglichkeiten bleiben, wie künftig die Personaldecke der Bundeswehr ausgeschöpft werden kann: Ausländische Mitbürger sollten nach meiner Auffassung unter bestimmten Voraussetzungen auch der Wehrpflicht beziehungsweise der Pflicht für einen zivilen Ersatzdienst unterliegen.

Es geht mir dabei nicht darum, diesen Personenkreis als Lückenbüßer zu betrachten, weil anders die Probleme des Bedarfs an Wehrpflichtigen nicht gelöst werden könnten. Stattdessen geht es darum, damit einen zusätzlichen Beitrag zu einer tatsächlichen Integration der Ausländer im wehrpflichtigen Alter zu leisten.

Außerdem gilt es zu verhindern, daß es künftig - gar bei noch verlängerter Wehrdienstzeit - ein neues Problem der Wehrungerechtigkeit gibt: das zwischen den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und arbeitenden deutschen Staatsangehörigen und den hier dauerhaft Lebenden und Arbeitenden, die keinen Wehrdienst leisten müssen.



Natürlich ist dieses Problem nicht einfach dadurch zu lösen, daß Ausländer mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland einfach eingezogen werden trotz ihres unterschiedlichen staatsrechtlichen Status. Ein Wehrdienst ist ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht möglich.

Was aber möglich und anzustreben ist, ist die Erlangung beziehungsweise Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft für Ausländer im wehrdienstfähigen Alter, um sie dann automatisch mit allen Rechten und Pflichten auch zum Wehrdienst einberufen zu können. Mit anderen Worten: Wer hier zur Schule gegangen beziehungsweise ausgebildet worden ist, dem sollte nach dem 18. Lebensjahr leichter und schneller als bisher die Staatsbürgerschaft angeboten werden. Damit würde den Betroffenen zugleich die Frage gestellt werden, ob er künftig auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland leben will oder nicht.

Für einen solchen Weg spricht, daß die Integrationsmöglichkeiten damit auch umfassender genutzt werden könnten, die insgesamt zur Verfügung stehen. In Schulklassen gibt es bekanntlich erst dann größere Integrationschwierigkeiten, wenn der Anteil ausländischer Jugendlicher in einer Klasse zu groß wird. Bei der Bundeswehr oder in den Einrichtungen des zivilen Ersatzdienstes läßt sich aber der Personaleinsatz so planen, daß es nicht zu solchen die Ausbildung erschwerenden zahlenmäßigen Disproportionalitäten mit den damit verbundenen vielerlei Sprachenproblemen und psychologischen Schwierigkeiten kommt.

Je früher eine echte staatsbürgerliche Integration der Ausländer erfolgt, desto vorausschauender und erfolgreicher ist eine Integrationspolitik - und desto leichter wären auch manche Personalprobleme der Bundeswehr zu bewältigen.

(-/16.10.1984/ks/rs)

+ + +



Bildungsurlaub für alle hessischen Arbeitnehmer

Der Landtag machte eine SPD-Wahlkampfinitiative zum Gesetz

Von Gert Lütgert MdL

Stellvertretender Vorsitzender des DGB-Hessen

Hessen hat die Forderung nach Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer realisiert. Nachdem die SPD im Landtagswahlkampf 1983 eine entsprechende Initiative angekündigt hatte, verabschiedete jetzt der Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen ein Gesetz, das fünf Tage Bildungsurlaub pro Jahr garantiert. Die jeweiligen Arbeitgeber haben in dieser Zeit die Bezüge der Arbeitnehmer weiter zu zahlen.

Die SPD hat in den Beratungen im Landtag auf einen zentralen Punkt des Gesetzes hingewiesen: Politische und berufliche Weiterbildung haben das gleiche Gewicht. Angesichts der technologischen Umwälzungen in den Betrieben ist es dringend erforderlich, Arbeitnehmern den Erwerb von zusätzlichen Qualifikationen zu ermöglichen. Darin sieht die SPD ausdrücklich auch ein Angebot, das neue Gesetz zu nutzen. Außerdem hat die Landtagsfraktion großen Wert darauf gelegt, Regelungen zu treffen, die den besonderen Organisationsstrukturen kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe entgegenkommen. Der Bildungsurlaub kann deshalb selbst bei intensiver Ausnutzung nicht dazu führen, daß solche Betriebe in Personalengpässe geraten.

Was wollen wir mit diesem Gesetz erreichen? Es ergänzt eine Regelung aus dem Jahre 1974, die damals nur Bildungsurlaub bis zum Alter von 25 Jahren ermöglichte.

Politische Bildung soll die Arbeitnehmer in die Lage versetzen, den Standort in Betrieb und Gesellschaft sowie gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen. Sie soll weiter dazu befähigen, staatsbürgerliche Rechte und Aufgaben wahrzunehmen. Die berufliche Weiterbildung soll es ermöglichen, die berufliche Qualifikation zu erhalten oder zu erweitern.

Der Bildungsurlaub kann nur für anerkannte Veranstaltungen gewährt werden. Diese Anerkennung erfolgt durch den Hessischen Sozialminister. Sie setzt voraus, daß der Träger der Veranstaltung über die erforderliche personelle oder organisatorische Ausstattung verfügt und die Bildungsveranstaltungen an mindestens fünf aufeinanderfolgenden Tagen stattfindet. Die Dauer des täglichen Arbeitsprogramms soll sechs Arbeitsstunden nicht unterschreiten. Ausgeschlossen von der Anerkennung sind Bildungsveranstaltungen, die der Gewinnerzielung dienen beziehungsweise die von Unternehmen durchgeführt werden, deren Unternehmenszweck auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist.

Hessen ist mit diesem Gesetz wieder einmal vorn. Unkenrufe aus dem Unternehmerlager werden bald verstummen: Die extensive bayerische Feiertagsregelung beschert der Wirtschaft jährlich Kosten, die das Hessische Bildungsurlaubsgesetz nicht einmal in Jahren verursachen wird!

(-/16.10.1984/ks/rs)

+ + +



Strauß als Lobbyist für die Privatfliegerei

Zu einem Beitrag des bayerischen Ministerpräsidenten im "Fliegermagazin"

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Steuern der SPD-Fraktion
im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Seit Monaten kämpfen und zerstreiten sich die Politiker der Regierungskoalition um steuerliche Maßnahmen zur Einführung des umweltfreundlichen Autos. Pkw-Besitzer, deren Autos nicht den US-Abgasgrenzwerten entsprechen, sollen bald in erheblichem Umfang zur Kasse gebeten werden. Unseren bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß plagen jedoch offensichtlich noch ganz andere Sorgen. Im "Fliegermagazin" plädierte er kürzlich dafür, für den nichtgewerblichen Luftverkehr wieder die Mineralölsteuerfreiheit einzuführen. Diese Steuervergünstigung war von der sozialliberalen Koalition im Rahmen eines allgemeinen Subventionsabbaus aus energie- und haushaltspolitischen Gründen beseitigt worden.

Dazu ist zu sagen:

1. In der Oppositionszeit forderte die CDU/CSU immer wieder den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen. Von diesem Ziel ist die CDU/CSU in der Regierungsverantwortung völlig abgerückt. Statt dessen steigert sie die Steuervergünstigungen auf breiter Front (1982: 29,5 Milliarden DM; 1985: 39 Milliarden DM).
2. Der Vorschlag von Strauß ist ein Paradebeispiel dafür, wie mit Hilfe der Finanzpolitik seit der Wende eine Umverteilung von unten nach oben herbeigeführt wird: Höhere Belastung des Autofahrers auf der einen Seite, Entlastung derjenigen, die sich ein Privatflugzeug leisten können, auf der anderen Seite.
3. Obwohl der Flugverkehr angeblich nur mit einem Prozent an der Umweltverschmutzung beteiligt ist, ist nicht einzusehen, warum nicht auch der nichtgewerbliche Luftverkehr dem Verursacherprinzip entsprechend an den Kosten für eine saubere Umwelt beteiligt werden soll. Der umweltpolitische Aspekt fehlt in dem Plädoyer von Strauß völlig.
4. Man kann nicht permanent in Sonntagsreden den Subventionsabbau fordern und dann im konkreten Fall nein sagen. Franz Josef Strauß will hier sogar den Abbau von Steuervergünstigungen rückgängig machen. Die Bundestagsfraktion der SPD wird diese Initiative nicht unterstützen. (-/16.10.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NRobert M.W. Kempner zum 85. Geburtstag

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, würdigte auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr Leben und Arbeit des Juristen Robert M.W. Kempner, der am morgigen Mittwoch sein 85. Lebensjahr vollendet. Wir veröffentlichen die Ansprache von Heinz Westphal im Wortlaut.

"Weich ein beispielgebendes Leben: Da hat der knapp 30jährige Jurist - in der Verwaltung des Weimarer Staates tätig - die Reichsanwaltschaft aufgefordert, Hitler unter Anklage wegen Meineid und Hochverrat zu stellen. Da hat zur etwa gleichen Zeit Robert M.W. Kempner die an Reichskanzler Brüning gerichtete Denkschrift des Preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun gegen die NSDAP entscheidend mitgestaltet. Da hat dieser große Mann in einer Schrift, die schon unter einem Pseudonym erscheinen mußte, 1933 sehr präzise die Zustände vorausgesagt, die in einer nach nationalsozialistischen Prinzipien gestalteten Justiz herrschen würden: 'Justizdämmerung - Auftakt zum Dritten Reich'. Beschämt steht man vor der Tatsache, daß Robert Kempner wie wohl kein anderer das heraufkommende Unrechtssystem bereits vor 1933 konkret und präzise mit dem scharfen Verstand des jungen, linken Juristen bekämpft hat.

Die Konsequenz war: Sie beraubten ihn seiner Stellung, seiner Existenzgrundlage, sie sperrten ihn ein. Als er das Land verließ, nahmen sie ihm seine deutsche Staatsbürgerschaft.

Aber auch Robert Kempner war konsequent: Er stellte sein Leben in den Dienst des Kampfes gegen den Nationalsozialismus, gegen die Verletzung der Menschenrechte, für die Demokratie und für die Beachtung der Menschenwürde.

Über das Wirken des Mannes, den wir heute ehren, als Ankläger in den Nürnberger Prozessen schrieb Hans de With 1979, er habe uns den Blick dafür geschärft, daß der Geltungsanspruch des Rechts sich nicht nur aus dem Willen dessen herleitet, der die Macht hat, Recht zu setzen; sondern im Gegenteil, das alles Recht bezogen sein muß auf die Gerechtigkeit, und daß kein Jurist die Hand reichen darf dem, der in der Form des Rechts Unrecht tut und zu tun verlangt. - Das hat etwas mit Klarheit des Denkens und einer Rechts-Gesinnung zu tun, von der man sich nur wünschen kann, daß sie die Ausbildung künftiger Juristen durchdringt.

Wir haben Robert Kempner nicht nur als Anwalt des Rechts - nach dem Krieg insbesondere in den Bemühungen um Entschädigungsansprüche für Verfolgte und in Prozessen gegen NS-Schwerverbrecher - erlebt, sondern auch als Lehrer und als Autor von Büchern, die uns helfen, den neu heranwachsenden Generationen zu zeigen, wie es zu Hitler kam, wie unmenschlich dieses Regime war und was uns alle - alt und jung - leiten muß, damit es nie wieder zur Herrschaft von Diktatoren kommen kann.

Der 85. Geburtstag Robert Kempner's darf Anlaß sein, zu fragen, was aus seinem Denken, aus seinem Lebenswerk bleibt?

Er selbst hat dazu in einer Weise Auskunft gegeben, die nachdenkenswert ist. Befragt von Redakteuren des Pressedienstes der SPD antwortete Kempner, welchen Einfluß die Nürnberger Prozesse auf unser Grundgesetz hatten. Er sagte: 'Es verbietet Angriffskriege und Völkermord; Verbrechen gegen die Menschenrechte und Menschenwürde sind neue Begriffe; ... kein Staat will heute als Aggressor gelten, denn die Politiker denken immer an das Damokles-Schwert von Nürnberg, das über ihnen hängt.'

Für die Jüngeren ist seine Antwort hörensenswert auf die Frage, was denn auf dem Gebiet der Menschenrechte erreicht sei: 'Wer hat denn vor Nürnberg von Menschenrechten überhaupt geredet? ... Seitdem in Nürnberg Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestraft



wurden, wird das Wort Menschenrechte großgeschrieben. Eine wichtige Ausstrahlung von Nürnberg ist aber, daß viele Staaten eben doch nervös werden, wenn auf ihre Menschenrechtsverletzungen hingewiesen wird. Es gäbe noch viel mehr Menschenrechtsverletzungen, wenn es nicht Nürnberg gegeben hätte.

Früher hat man gedacht, Tyrannen könnten morden und ihre Vertreter könnten rauben. Seit Nürnberg weiß man, daß Ministerpräsidenten, Staatspräsidenten, sogenannte Führer, eines Tages ergriffen werden können. Der Begriff der Menschenrechte, der in Nürnberg noch ein zartes Pflänzchen war, wird heute jeden Tag erwähnt. Helsinki und Madrid, das sind alles Kinder von Nürnberg'.

Es war sicherlich eine Enttäuschung für Robert M.W. Kempner, daß viele Strafverfahren gegen NS-Täter gar nicht oder sehr spät stattfanden, daß es gegen eine große Anzahl großer Verbrecher niemals zur Hauptverhandlung gekommen ist, daß das 'Gnadenfieber Anfang der 50er Jahre' - wie er es nannte - dazu führte, daß zahlreiche in Nürnberg verurteilte Verbrecher nur einen Bruchteil ihrer Strafe verbüßen mußten.

Aber auch wenn der Kampf gegen die alten Nazis mehr oder weniger ausgestanden ist, begann inzwischen der Kampf gegen die Neonazis.

Entsprechend seinem Lebensweg und wohl auch entsprechend seinem Metier sieht er, daß viel von der Justiz und von den Polizeibehörden abhängt, ob und wieviel die neuen Nazis in der Bundesrepublik Deutschland wagen werden. Keiner von uns wird ihm da widersprechen.

Doch auch er wird nicht widersprechen, daß es bei der Abwehr eines latenten Faschismus noch viel stärker um einen Kampf um nüchterne Klarheit in den Köpfen der Vielen geht, hier und anderswo in der Welt.

Robert Kempner's Lebensweg weist uns aber auch noch auf ein weitgehend unbekanntes Kapitel unserer Vergangenheit hin. Nämlich wie unsere staatlichen Organe, unsere Gesellschaft und wir selbst mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und insbesondere mit dem Widerstand im Exil umgegangen sind. Es war und ist beschämend, daß die zu Unrecht und durch ein Gewaltregime Ausgebürgerten nach 1945 selbst einen Antrag auf (Wieder-)Einbürgerung stellen mußten.

Weshalb gab es keine Feststellung des Gesetzgebers, daß die Ausbürgerungen unwirksam seien, was sie tatsächlich waren?

Es hätte ja dem Ausgebürgerten überlassen bleiben können, ob er noch Wert auf die deutsche Staatsbürgerschaft legte.

Robert M.W. Kempner hat einen solchen Antrag nie gestellt. Er ist Amerikaner geblieben. Die Antwort, die er auf die Frage gegeben hat, 'Warum sind Sie nicht wieder Deutscher geworden?' war und ist typisch für ihn. 'Sie haben mich rausgeschmissen, damals nach 1933; da hätte ich mir etwas vergeben, einen Antrag auf Wiedereinbürgerung zu stellen.'

Auch in diesen Fällen hätten wir etwas wieder gutzumachen und kommen damit längst zu spät.

Es war kein leichter Weg, aber es war ein gradliniger Weg für diesen aufrechten, klugen Mann bis zu seinem 85. Geburtstag. Er ist trotz aller Schwierigkeiten seiner Aufgabe treu geblieben, die er selbst so definierte: 'Dem Kampf für die Freiheit, dem Kampf für die Menschenrechte, dem Kampf für das Recht'. Keine unserer demokratischen Parteien kann - ich meine - sollte einen solchen Mann für sich allein beanspruchen. Doch ein wenig stolz dürfen wir sein, daß er als junger Mensch, als er noch in Deutschland gegen die heraufziehende Nazi-Macht kämpfte, zu uns Sozialdemokraten gehörte.

Wir gratulieren Robert M.W. Kempner sehr herzlich und danken für sein Vorbild."

(-/16.10.1984/ks/rs)

+ + +

